

# Einwilligung zur Verarbeitung von persönlichen Daten

---

Soweit die von mir vorgelegten Unterlagen nicht für die Antragsprüfung ausreichen, wird die zuständige Rehabilitierungsbehörde den Sachverhalt von Amts wegen aufklären.

Sofern es dabei erforderlich ist, personenbezogene Daten zu erheben, bin ich

Name, Vorname: .....

Geb.-Datum: ..... Geburtsort: .....

wohnhaft in: .....

damit einverstanden, dass die Rehabilitierungsbehörde des Landes Brandenburg im Ministerium des Innern und für Kommunales – Referat 27 –

zur Durchführung meines Antragsverfahrens nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und/oder dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)

**AZ: 27-731-10/**.....

die erforderlichen Auskünfte in dem Umfang einholt, wie sie Aufschluss über die geltend gemachten Tatbestände geben können.

Die Rehabilitierungsbehörde wird ermächtigt, hierfür Unterlagen beizuziehen oder Akten einzusehen

- **von Sozialleistungsträgern** und gleichgestellten Stellen (z.B. Arbeitsamt, Versorgungsamt, Trägern der Kranken-, Renten-, Unfallversicherungen),
- **von früheren Arbeitgebern** (z.B. Behörden, Dienststellen, Betrieben, Genossenschaften), die über Unterlagen zu meinen früheren Arbeits- bzw. Beschäftigungsverhältnissen verfügen,
- die **von anderen Behörden**, wie Finanzämtern, oder öffentlichen Stellen erhoben worden sind und dort genutzt und gespeichert werden.
- Soweit die Daten einer besonderen gesetzlichen Geheimhaltungspflicht unterliegen, entbinde ich diese öffentlichen Stellen von der Wahrung des Geheimnisses.

▪ **Hinweis** gemäß Art. 4 Nr. 11 in Verbindung mit Art. 7 Datenschutz-Grundverordnung:

Die Erteilung des Einverständnisses in die Datenerhebung erfolgt freiwillig und nur für den Fall, dass die mit dem Antrag eingereichten Unterlagen nicht ausreichen, um eine vollständige Antragsprüfung vorzunehmen. Sie kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Sofern das Einverständnis in die Datenerhebung durch die Rehabilitierungsbehörde nicht erteilt wird, ist es unter Umständen nicht möglich, den Sachverhalt umfassend aufzuklären. Dies kann zur Folge haben, dass geltend gemachte Ansprüche nicht anerkannt werden können, weil die erforderlichen Nachweise fehlen.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift